

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags.
Bezugspreis monatlich Mk. 4.50, vierteljährlich 13.50
frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im
innerdeutschen Verkehr Mk. 13.50 und 90 Pfg. Post-
bestellgeld.

Anzeigenpreis: die einspaltige Petitzeile oder deren
Raum 50 Pfg., auswärts 60 Pfg., Reklamezeilen
1.50 Mk., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif.
Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vor-
mittags.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung: Th. Gaeß in Wildbad.

Nummer 152

Gerntuf 179.

Wildbad, Montag, den 5. Juli 1920.

Gerntuf 179.

54. Jahrgang

Zum Einkommensteuerauszug.

Von zuständiger Stelle wird uns geschrieben:

Gegen den durch § 45 des Reichseinkommensteuergesetzes vorgeschriebenen 10prozentigen Abzug am Lohn oder Gehalt derjenigen Steuerpflichtigen, die Arbeitslohn beziehen, ist insbesondere in Arbeiterkreisen eine starke Bewegung entstanden, und es wird dazu aufgefordert, den Vollzug dieser Gesetzesvorschrift durch Zwangsmaßnahmen zu verhindern. Den Arbeitgebern muß dringend geraten werden, sich durch derartige Drohungen von der Erfüllung der ihnen durch das Gesetz auferlegten Verpflichtung der Lohnbeibehaltung nicht abbringen zu lassen; denn nach § 50 des Reichseinkommensteuergesetzes haftet der Arbeitgeber dem Reiche für die Einbehaltung und Entrichtung der vorgeschriebenen Beträge als Gesamtschuldner. Er kann aber nicht nur dazu angehalten werden, die Beträge, deren Abzug am Lohn er unterlassen hat, aus eigener Tasche zu zahlen, sondern er setzt sich durch die begangene Zuwiderhandlung gegen das Einkommensteuergesetz auch einer empfindlichen Strafe aus.

Die Gründe, die von den Arbeitnehmern für ihren Widerstand gegen den Vollzug der erwähnten Gesetzesbestimmung angeführt werden, sind nicht stichhaltig. Es wird hauptsächlich geltend gemacht, die Maßnahme treffe nur die Arbeiter und Angestellten, während die übrigen Steuerpflichtigen vorerst keine Einkommensteuer zu entrichten hätten. Es ist in der Presse schon wiederholt darauf hingewiesen worden, daß diese Auffassung nicht zutrifft. Auch alle anderen Steuerpflichtigen haben schon vor der endgültigen Veranlagung vorläufige Zahlungen auf die Einkommensteuer zu leisten; nur ist es nach der Natur der Sache nicht möglich, diese Abschlagszahlungen auf dieselbe einfache Weise zu berechnen und zu erheben wie bei den Lohn- und Gehaltsempfängern. Bei den übrigen Steuerpflichtigen wird deshalb zunächst der Betrag erhoben, den sie zu zahlen hätten, wenn die bisherige Staats- — und was sehr zu beachten ist — zugleich der Gemeindeeinkommensteuer nach den zuletzt geltenden Steuer- und Umlagegesetzen weiter erhoben würde. Wo dieser Betrag voraussichtlich hinter dem zurückbliebe, der unter Zugrundelegung der letzten Veranlagung nach dem neuen Reichseinkommensteuertarif zu zahlen wäre, wird dieser letztere Betrag berechnet und angefordert. Diese Arbeit wird so rasch als möglich durchgeführt, damit auch diesen Steuerpflichtigen die vorläufig zu entrichtende Einkommensteuer mit tadellosem Bescheinigung angefordert werden kann.

In allen Fällen — gleichviel, auf welche Weise die Steuerbeträge berechnet und erhoben werden — handelt es sich um vorläufige Zahlungen. Es ist also nicht gesagt, daß die so erhobenen Beträge die Einkommensteuer darstellen, die von den Pflichtigen nach den Bestimmungen des Reichseinkommensteuergesetzes zu entrichten ist; diese wird vielmehr erst nach Ablauf des Jahres 1920 auf Grund des in diesem Jahre tatsächlich erzielten Einkommens festgesetzt, wobei die Vorschriften des Reichseinkommensteuergesetzes, insbesondere auch die über die Ermäßigung wegen der Zahl der Kinder und sonstiger die Leistungsfähigkeit beeinträchtigender Verhältnisse Anwendung finden. Stellt sich dabei heraus, daß die vorläufig entrichteten Beträge den endgültig festgesetzten Steuerbetrag übersteigen, so wird der Mehrbetrag zurückbezahlt, während im umgekehrten Falle, d. h. wenn die vorläufigen Zahlungen den endgültig festgesetzten Steuerbetrag nicht erreichen, der Fehlbetrag nachzuzahlen ist, ein Fall, der besonders bei höheren Einkommen eintreten wird.

Schließlich sei noch darauf aufmerksam gemacht, daß die Erhebung der Steuer durch Lohnabzug auch in der Zukunft der Arbeitnehmer selbst liegt. Die Steuerentrichtung fällt diesen viel leichter, wenn sie in kleineren Beträgen auf die einzelnen Zahlstage verteilt, als wenn auf einmal ein größerer Betrag entrichtet werden muß. Daß nicht nur das Reich, sondern insbesondere das Land und die Gemeinden, denen zunächst der Betrag der Einkommensteuer überwiesen werden soll, dieser Einnahmen zur Erfüllung ihrer wichtigen Aufgaben dringend bedürfen, bedarf keiner besonderen Erwähnung. Es darf daher auch von dem gesunden Sinn und der Einsicht der Arbeiterschaft erwartet werden, daß sie die zur möglichst raschen Beschaffung flüssiger Mit-

tel getroffenen Maßnahmen nicht durch unbegründete Widerstand zu durchkreuzen und wirkungslos zu machen sucht.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 2. Juli.

Die heutige Sitzung bildete den Abschluß der allgemeinen Aussprache über das Regierungsprogramm. Vor Eintritt in dieselbe gibt der Ernährungsminister Dr. Hermes einen Ueberblick über die Ernährung unseres Volkes. Er betont, daß die Kaufkraft der Bevölkerung ihre Grenze erreicht habe; trotzdem müssen der Landwirtschaft Preise gewährleistet werden, die ihre Produktionskosten decken. Der Minister hebt die außerordentliche Verknappung der Düngemittel hervor.

Anschließend gab der Minister des Reichens Simons eine Erklärung über die polnischen Uebergriffe ab. Das Exequat des Tages bildete die Rede des Abg. Dr. Helfferich. Die Rednertribüne war mit Abgeordneten der Rechten und Linken vollständig besetzt. Kurz nach Beginn seiner Rede setzte auf der Linken ein ungeheurer Lärm ein, der über die ganze Dauer der Rede anhielt. Auch dem Vizepräsidenten gelang es nicht, Ruhe im Haus zu schaffen.

Nicht mindere Bedeutung schien man der Abg. Zetkin, welche in ihrer leidenschaftlichen Rede zum Umsturz provozierte, entgegenzubringen. Sie eröffnet ihre Ausführungen mit einem Brudergruß an die Proletarier aller Länder und fuhr in diesem Sinne weiter. Zum Schluß sagte sie, daß alle Regierungen seit dem 1. Nov. 1918 auf die Anklagebank gehören.

Nachdem noch der Abg. Petersen (Dem.) gesprochen, hielt Reichsanwalt Fehrenbach noch eine wirkungsvolle Schlussrede mit der Mahnung zur Einigkeit.

Reichsernährungsminister Dr. Hermes:

Die Entbehrungen in der Ernährung, die zu den Unruhen der letzten Tage geführt haben, nötigen die Regierung, einzugreifen. Leider seien die Bedingungen hierfür sehr schwer. Eine Preispolitik zu Gunsten der Landwirtschaft lehne er ab. Die Landwirtschaft müßte Preise zu zahlen, die ihren Produktionskosten entsprechen. Die Preissteigerung im Inland sei eine Folge der teuren Auslandspreise. Trotz der Aufwendungen des Reichs in Höhe von 10 Milliarden konnten wir die Preise nicht nach den Wünschen der Bevölkerung einrichten. Das wird auch noch nicht im folgenden Jahr der Fall sein. Um den Landwirt zu schützen, sind für den Herbst d. J. bereits Mindestpreise angedacht worden. Die Untersuchungskommission des Reichsernährungsministeriums hat nun genaue Zahlen festgestellt und ist dazu gekommen, den **Zusatz der Produktionssteigerung** in diesem Jahre mit 55% festzusetzen. So wird die Tonne Roggen 1500 Mk. kosten, die Tonne Kartoffeln aber bei 500 Mk. stehen bleiben. Diese Erhöhung der Getreidepreise sei aber immer noch so gehalten, daß die Brotpreise nicht teurer zu werden brauchen. Die Hauptfrage sei, die heimische Ernte ganz zu erlassen. Das werde erleichtert, wenn das Getreide gleich nach der Ernte erfährt werden könnte und hierin liege der Grund für die Verbeibehaltung der Frühfrucht- und Pflanzungsarbeiten. Es ist zu hoffen, daß die Einfuhr ausländischen Getreides sehr schneller erfolgen kann. Desgleichen sei in diesem Jahre mit einer frühen Ernte zu rechnen. So werde die Reichsgetreidekasse hoffentlich wieder in die Lage kommen, Reserven zu schaffen. Auch die Ausfuhr für die Kartoffelernte seien nicht schlecht. Die Behände an Schmalz hätten sich gehoben. Die Preise hätten sich um ein Drittel erhöht. Die Freihandelsverbände müßten indes recht bald verschwinden. Auch die Milchproduktion sei in der Besserung, genüge aber noch lange nicht. Die Zuckerproduktion habe sehr gelitten. Die Regierung habe jedoch für Kohlenzufuhren für die Zuckerindustrie gesorgt. Desgleichen sei eine Steigerung der Anbaufläche in diesem Jahre von 10—12 Prozent erfolgt. Freigegeben könne der Zucker jedoch nicht werden. Das Bestreben der Regierung ist nach einer Verbilligung der **Getreidepreise** gerichtet. Es sollen nur solche Organisationen und Kartellgesellschaften bestehen bleiben, die unentbehrlich sind. Zum Schluß seiner Ausführungen appellierte der Minister an die Landwirtschaft, anzuerkennen, was die Regierung zur Hebung ihrer Lage tue, daß sie aber auch ihrer Lieferungsverpflichtung nachzukommen. Andererseits bitte er das große Publikum, die Landwirtschaft zu achten. Keinem Bauer könne vorgeschrieben werden, was er bauen solle.

Dr. Helfferich (D.nat.V.):

wird von den Unabhängigen mit Lärm und höhnischen Zurufen empfangen und kann sich kaum verständlich machen. Er führt aus: Die Kraft des deutschen Volkes ist durch den Krieg und die Revolution geschwunden. Jetzt wird dieses geschwächte Volk unter einem Druck gehalten. Das deutsche Volk hat sich durch das Wahlergebnis gegen jedes sozialistische Experiment ausgesprochen. Wir haben uns bereit erklärt, uns an der Regierung zu beteiligen. Zur alten Koalition habe keine Partei in einer gewissen Opposition gestanden. Jetzt sei es anders. Wir werden uns nicht von parteipolitischen Empfindlichkeiten leiten lassen. Die Sicherheit ist von Recht und Ordnung bleibt die Hauptfrage, damit aber auch die Sicherung der Nahrungsmittel.

Diesu gehört auch die Willkür. Redner warnte sich sodann gegen die Ausführungen des Reichsfinanzministers und betonte, daß er im Einklang mit vielen Mitgliedern des Hauses während seiner Amtsperiode wieder und wieder auf die Erhebung von Kriegsteuern gedrängt habe, wie aber stets dagegen protestiert worden sei, namentlich von Seiten eines Zeitungsmitglieds namens Erzberger. Auch Herr Schiffer habe sich gegen Kriegsteuern gemehrt und alles auf Anträgen nehmen wollen. Kein Mensch wisse, was erforderlich sei, um unsere Eisenbahnen wieder leistungsfähig zu machen, die nicht allein der Krieg zu Grunde gerichtet habe. Vor der Verwirklichung hätten die Landesbehörden noch rats die Geschäfte erlößt und jetzt müsse das Reich Milliarden da auf zahlen. Wir sind auf dem Weg zum Bankrott unseres Staatsbahnsystems, einzig und allein aus dem Unvermögen der Staatsverwaltung. Es muß mehr gearbeitet werden. Für die Eisenbahn ist der **Wahnsinn** undurchführbar. Die Zwangswirtschaft muß in vernünftiger Weise durchgeführt werden. Dr. Helfferich kommt sodann auf Spaa zu sprechen und blickt dem Minister Simons für den Ton der Rede, den er gegenüber Polen gefunden habe, seinen Dank aus. Das gebe ihm eine gute Verbeibehaltung von Spaa. Der Friede von Versailles sei schon jetzt undurchführbar. Redner schließt seine Ausführungen mit der Anerkennung, daß die jetzige Koalition wesentliche Verbesserungen gegenüber der alten aufweise. Er stimme größtenteils ihren Erklärungen zu, wenn sie ihrem Programm treu bleibe. Seine Partei werde sich abwartend verhalten und gegen das Mißtrauensvotum der Unabhängigen stimmen. (Großer Lärm, Händeklatschen, Pfiffen.)

Reichsfinanzminister Wirth:

Der Abg. Helfferich habe den historischen Beweis dafür liefern wollen, daß wir einen anderen Frieden hätten haben können. Die rechte Seite hat ja in Wilmar Gelegenheiten gehabt, den schwereren Weg mitzugehen. Aber so wenig wie jetzt sei damals der Mut auf Seiten der Rechten gewesen. Wir alle wollen dem Vaterland dienen. Aber dreist 24 Stunden vor Spaa die Brandfackel ins Haus zu schleudern, sei unerhört. Wir wollen aufrecht und nüchtern, nicht schwelchend noch Spaa gehen. Wenn wir nach unserer Rückkehr dann an unsere große Aufgabe herangehen wollen, dann wollen wir unsere Finanzen prüfen. Das deutsche Volk mag das Vertrauen haben, daß die Regierung es würdig vertreten wird.

Abg. Becker-Hessen (D.Vp.) bedauert, daß seine Hoffnung auf friedlichen Verlauf der Debatte heute so schmählich erfüllt worden sei. Dem Reichsernährungsminister danke er für seine Absichten, die Zwangswirtschaft auf eine vernünftige Basis zu stellen und ihren Abbau einzuleiten. Das Streikführer, das zurzeit die Landarbeiter ergriffen habe, sei ein Verbrechen gegen die großstädtische Bevölkerung. Mit Arbeit allein ist es nicht getan, es muß auch zur Wahrung unseres Kulturlandes etwas geschehen. Der Redner schloß mit der Mahnung, in Spaa nur das zu unterzeichnen, was wir auch halten können. Es sei deutsche Art, zu halten, was man versprochen habe.

Abg. Frau Zetkin (Komm.): Das erste Wort der Kommunisten in diesem Reichstag ist der Gruß an alle Kommunisten der Welt, das Gelobnis entschiedenen Kampfes für das Proletariat. Nur der Zusammenbruch mit dem bolschewistischen Rußland kann der deutschen politischen Isolation abhelfen. Frau Zetkin, die durch die leidenschaftliche Form ihrer Rede die allgemeine Aufmerksamkeit erregt, fährt dann fort: Sie habe aus der Regierungserklärung nichts herausgehört, was ihrer Ansicht über unsere automatische Politik entspreche. Entwaffnung der Bourgeoisie und Bewaffnung der Arbeiter durch die politischen Arbeiterräte, das sei die Aufgabe für die Wiederaufrichtung Deutschlands. Sie bespricht dann die Finanzen und wirft dem Abg. Helfferich als dem größten Kriegstreiber die Hauptschuld an derselben vor. Sie sieht eine Hauptaufgabe des Wiederaufbaus in der allgemeinen sofortigen Arbeitspflicht.

Reichskanzler Fehrenbach

dankt für die Anerkennung, die ihm ausgesprochen worden sei und für die ruhige und sachliche Art, mit der die Regierungserklärung besprochen wurde. Angesichts der Tatsache, daß der Koalition mehrere Parteien mit verschiedenen Parteiprogrammen angehörten, sollten diese Parteien bei den Debatten Rücksicht auf die verschiedenen Programme nehmen. Das liege im Gesamtinteresse des Vaterlandes. Die der Koalition nicht angehörenden Parteien würden gut daran tun, sich ein gewisses Maß von Reserve bei ihren Ausführungen aufzuerlegen. Morgen gehen wir einen schweren Gang. Seien Sie überzeugt, daß wir unseres Amtes in Spaa mit größter Würde walten. Was uns erwartet, ist noch unklar. Hoch besteht die Hoffnung, daß wir an einen gemeinsamen Verhandlungstisch kommen und daß auch ein Resultat herauskommt. Der ehrliche Wille des deutschen Volkes ist, die uns auferlegten Bedingungen nach Möglichkeit zu erfüllen. Aber wir hegen auch die Hoffnung, daß sich unsere Gegner von unserem guten ehrlichen Willen überzeugen werden. Die Leistungsfähigkeit muß die Grenze sein. Ich bitte, uns in dieser schweren Stunde unser Amt nicht durch leidenschaftliche Kämpfe im Innern zu erschweren.

Die Aussprache über die Regierungserklärung ist abgeschlossen und das Mißtrauensvotum der Unabhängigen mit 313 gegen 63 Stimmen abgelehnt. Das Vertrauensvotum der Regierungsparteien wird nach Ablehnung eines deutschnat. Abwehrungsantrags mit 233 Stimmen (Zentrum, Deutsche Volkspartei, D. Dem. Partei, Mehrheitssozialisten) gegen 62 Stimmen (Unabhängige) bei 54 Stimmenthaltungen (Deutschnationalen) angenommen.



Der englische Botschafter beim Reichspräsidenten.

Berlin, 4. Juli. Der Reichspräsident hat am Freitag den neuernannten königlichen großbritannischen Botschafter Lord B'Hermon zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens empfangen. Bei der Ueberreichung hielt der Botschafter eine Ansprache, in der er u. a. sagte: Die Lage, mit der die Regierungen der Welt heute rechnen müssen, ist von beispielloser Schwierigkeit. Die Weltkrise kann erfolgreich nur durch allgemeine Zusammenarbeit überwunden werden und durch freimütige Erkenntnis der Wahrheit, daß das Wohl jedes einzelnen das Wohl aller ist. Die wesentliche Grundlage dieser Zusammenarbeit ist für uns die feste und herzliche Erhaltung gegenwärtiger Bündnisse und die genaue Ausführung der Verpflichtungen des Friedensvertrags. Wirtschaftlicher Wiederaufbau ist das gebieterische Erfordernis der Welt. Und dieses kann nur erfüllt werden, in einer Atmosphäre des Vertrauens. Falls durch ausschließliche Handlungen im guten Glauben das Vertrauen wieder hergestellt wird, sind die Nationen berechtigt, von einander nicht nur Spielraum zur Entwicklung zu erwarten, sondern auch Beistand bei der Entwicklung. Enge und kurzfristige Selbstsucht in dieser Hinsicht ist den Ueberlieferungen meines Landes durchaus fremd und nicht weniger der Politik Sr. Majestät Regierung entgegengekehrt. Bei Ausführung meiner Sendung werde ich stets dessen eingedenk sein, daß Friede geschlossen worden ist. — Der Reichspräsident erwiderte u. a. folgendes: Die deutsche Regierung und das deutsche Volk sind sich einig in dem ersten Entschluß, der übernommenen Verpflichtungen unter Ausbietung aller Kraft bis an die Grenze des Möglichen gerecht zu werden. Wir wünschen aufrichtig, daß es dem guten Willen auf beiden Seiten gelingen wird, die stellenweise zurückgebliebenen Atmosphäre des Mißtrauens überall zu zerstreuen und durch Vertrauen und wahre Friedensstimmung zum Wohle aller Völker zu erregen.

Die Ministerpräsidenten der Länder in Berlin.

Berlin, 4. Juli. Die Ministerpräsidenten der deutschen Einzelstaaten und Bürgermeister der freien Reichstädte wollten vorgestern zu Besprechungen in Berlin. Die Beratungen fanden unter dem Vorsitz des Reichskanzlers statt. Es nahmen daran teil: der Reichsminister des Innern Dr. Simons, der Reichsminister des Justizwesens Dr. Koch, die übrigen Minister und die Ministerpräsidenten der Einzelstaaten. Der Minister des Innern gab zunächst einen Ueberblick über die bevorstehende Spaakonferenz. Die Verhandlungen waren streng vertraulich. Sie ergaben eine völlige Uebereinstimmung in den Ansichten der Länder gegenüber der Haltung der deutschen Vertreter bei der bevorstehenden Spaakonferenz.

Berlin, 4. Juli. In der Aussprache der Reichsregierung mit den Ministerpräsidenten der Länder und den Vertretern der freien Städte wurde beschlossen, solche Besprechungen künftig regelmäßig mehrmals im Jahre stattfinden zu lassen.

Hessen und der Zusammenschluß der südwestdeutschen Staaten.

Frankfurt, 4. Juli. In diesen Tagen hat der hessische Staatspräsident Ulrich der „Darmstädter Zeitung“ gegenüber zu dem Gedanken einer Verschmelzung Württembergs und Badens eine Äußerung abgegeben, die folgendermaßen lautet: Der Plan, Württemberg und Baden zu vereinigen, ist nicht neu. Schon seit längerer Zeit schweben darüber unverbindliche Verhandlungen zwischen führenden Politikern, die aber über das Stadium gründlicher Erwägungen nicht hinausgekommen sind. Aus meiner Kenntnis der Sachlage kann ich mitteilen, daß in Württemberg dabei die treibende Kraft liegt, während diese Absicht bisher in Baden wenig Gegenliebe gefunden hat. Wenn neuerdings auch Hessen und andere schon genannte Gebietsteile in die Kombination einbezogen werden, so kann ich dazu nur sagen, daß wir amtlich noch keinen Anlaß gehabt haben, uns mit der Angelegenheit zu beschäftigen. Alles wird davon abhängen, wie Preußen sich nach Ablauf der Sperrfrist verhalten wird. Werden tatsächlich preussische Gebietsteile mit größerer Selbstständigkeit ausgestattet, etwa zu Reichsprovinzen umgestaltet, so liegt ja nichts näher, als daß auch im Süden eine gewisse Arrondierung stattfindet.

Der französische Botschafter über seine Aufgabe.

Berlin, 4. Juli. In einer Unterredung mit dem französischen Botschafter sagte dieser zu einem Vertreter der „Voss. Zeitung“, er sehe seine vornehmste Aufgabe darin, die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Deutschland, auf die im Programm des Ministerpräsidenten Millerand hingewiesen sei, soweit es in seinen Kräften stehe, zu verwirklichen. Er hoffe bestimmt, daß seine Zusammenarbeit mit dem neuen deutschen Minister des Auswärtigen, mit dem er sich auf dem gemeinsamen Boden der Einsicht der Notwendigkeit des wirtschaftlichen Wiederaufbaues zusammensinde, erfolgreich sein werde. Es handle sich aber nicht nur darum, Sachgüter wieder herzustellen, sondern auch das durch den Krieg gestörte moralische Gleichgewicht. (Was man in Paris darunter versteht, sehen und hören wir alle Tage.)

Fehrenbach Reichspräsidentenwahlkandidat?

Karlsruhe, 4. Juli. Zur Frage der Reichspräsidentenwahl teilt der „Badische Beobachter“ mit, daß für den Fall der endgültigen Ablehnung Eberts in weiteren politischen Kreisen einschließlich der Sozialdemokratie der Gedanke einer Aufstellung des jetzigen Reichskanzlers Fehrenbach als Kandidat für die Reichspräsidentenwahl bereits erörtert wird.

Die Empfindlichkeit der Alliierten.

Paris, 4. Juli. Die Noten, welche Deutschland neuerdings den Alliierten übermitteln ließ, haben hier einen peinlichen Eindruck hervorgerufen. Allgemein besteht die Ansicht, wenn sich von dem Tone dieser Noten auf die Haltung der deutschen Delegierten auf der Konferenz in Spaak schließen ließe, so würde die Konferenz bald beendet sein. Solche Noten in dem jetzigen Zeitpunkt zugehen und befreitbar von großer Ungeheuerlichkeit.

Entgegenkommen der Alliierten.

Basel, 4. Juli. Die schon seit einigen Tagen bestehende Meinung von einer Revision des Friedensvertrags von Versailles scheint durch einen plötzlichen Stimmungsumschwung der Pariser Presse bestätigt zu werden. Selbst der „Temps“ tritt für eine entgegenkommende Haltung gegenüber Deutschland auf der Konferenz ein.

Wirtschaftlicher Wochenüberblick.

Geldmarkt. Der deutsche Marktkurs scheint vorläufig seinen Höhepunkt überschritten zu haben. In Zürich hat er während der abgelaufenen Woche den Stand von 15 Rappen nicht mehr erreicht. Er begann mit 14,90, fiel zeitweilig auf 14,30 und schloß mit 14,70. Der Rückgang ist unbedeutend, aber charakteristisch dafür, daß wir uns weitergehender, ausschweifender Hoffnungen enthalten müssen. Der Reichsbankausweis über den Semesterabschluß liegt noch nicht vor, aber zweifellos hat der Uebergang vom 1. zum 2. Halbjahr eine große Anspannung mit sich gebracht, weshalb auch die Geldlage vorübergehend angezogen. Die Darlegungen des Reichsfinanzministers über die Zerrüttung der deutschen Finanzen blieben gleichfalls nicht ohne Eindruck. Man muß daher auch für die nächste Zeit mit einer Anspannung des Geldmarktes rechnen.

Börse. Die Lösung der innerpolitischen Schwierigkeiten, insbesondere die Bildung der neuen Reichsregierung haben zwar an den deutschen Effektenmärkten einen günstigen Eindruck gemacht, aber die darniederliegende Geschäftstätigkeit nicht zu heben vermocht. Erst beim Beginn des zweiten Halbjahrs setzte eine neue Kaufkraft für Montanwerte und sonstige Industriefaktoren ein. Die guten Bankabschlüsse blieben gleichfalls nicht ganz ohne Wirkung. Eine neue Vorliebe zeigt sich für heimische Aktien. Die festverzinslichen Anlagepapiere zeigten gelegentliche Schwankungen, konnten aber durchschnittlich den Stand der vorherigen Woche behaupten: Kriegsanleihe 79,00, 4proz. Württemberg 87,75, 5proz. Deutsche Schatzanweisungen 100.

Produktmarkt. Die Nachfrage nach Holz nimmt neuerdings wieder zu und hat Preisbefestigungen im Gefolge. In Berlin wurden am Freitag loco ad Bahn 128 Mk. für den Zentner bezahlt. Auch für Heu und Stroh ist trotz der günstigeren Ausblicke des Jahres eine feste Meinung ausgekommen. Das Angebot hat seit einigen Tagen sich zurückgehalten. Für Heu erlöset man durchschnittlich 10-15 Mk. für den Zentner. Die Kaufkraft für Hülsenfrüchte ist wieder im Steigen begriffen.

Warenmarkt. Die Kaufkraft des Publikums greift immer weiter um sich, obwohl einzelne Branchen in anerkennenswerter Weise bemüht sind, den Käufers durch Preisabschläge entgegenzukommen und — auch im eigenen wohlverstandenen Interesse — einen Preissturz mit unausbleiblichem Krach zu vermeiden. Feiner sind aber immer noch die Kohlen, obgleich die Nachfrage der Industrie nach sämtlichen Brennstoffen nicht mehr so wild ist, seitdem ihr Beschäftigungsgrad ständig weiter zurückgeht. Die Kohlenversorgung hat sich entschieden gebessert. — Auf den Metallmärkten ist eine Ermäßigung der Metallpreise an den Rohstoffen Stahl und Eisen notieren un-

verändert. — Die Kaffeepreise haben wieder etwas angezogen. Kakao ist gegenwärtig in Deutschland billiger als im Ausland, aber die Nachfrage froht. Margarine ist von 21 auf 16 Mk. das Kilo herabgesetzt worden. — In den Weinpreisen hat der unausbleibliche Sturz ebenfalls begonnen. Noch im Mai wurde gekauft, was zu bekommen war. Im Juni war das Geschäft plötzlich still. — Nach Chemikalien zeigt sich wieder etwas lebhaftere Nachfrage. — Einer abermaligen Erhöhung der Papierpreise wird die Regierung nicht zustimmen. — Die Futtermittelpreise behalten ihre neuerdings steigende Tendenz bei.

Viehmarkt. Neuerdings ist eher wieder eine Zunahme der Maul- und Klauenseuche zu verzeichnen, was möglicherweise mit dem warmen Wetter zusammenhängt. Die Viehpreise sind deshalb immer noch außerordentlich hoch. Viehmärkte gibt es fast gar nicht mehr; die Preise sind deshalb schwer zu kontrollieren. Ferkel weisen da und dort etwas billiger gehandelt, schöne Exemplare aber kaum unter 350 bis 400 Mk.

Holzmarkt. Die stille Haltung im Holzgeschäft bleibt bestehen. Nur Grubenholz wird unverändert und zu den höchsten Preisen verkauft. In Schnittwaren liegt das Geschäft schwer darnieder. Waldbesitzer und Sägmüller können sich andauernd nicht einigen. Der Holzgroßhandel brockelt streng zu B.

Handel und Verkehr.

Der Arbeitsmarkt. Ueber die Lage des Arbeitsmarkts im Monat Mai berichtet das jetzt erscheinende Jahrbuch des Reichsarbeitsblatts wie folgt: Die wirtschaftliche Krise, deren erste Anzeichen bereits im März sich ankündigten, hat sich im verfloffenen Mai in besorgniserregender Weise verschärft. Die Hoherbewertung der Mark an den Weltbörsen hat sich im allgemeinen behauptet, hat die Preise für deutsche Waren den Weltmarktpreisen angeglichen, den Auslandsmarkt für deutsche Erzeugnisse nahezu verschlossen und im Inlande die Käufermassen, deren Kaufkraft ebenschnell nahezu erschöpft war, zu einer spekulativen Zurückhaltung veranlaßt. Die Folge ist, daß in sämtlichen Industriezweigen und Auslandsabgabestädten und Betriebsstätten die Produktionen immer mehr um sich greifen. Am schwersten betroffen sind die Lederindustrie, die Möbelindustrie und die Konfektion, an deren Hauptstandorten die Erwerbslosenzahlen stark gemachsen sind. Die Aussichten sind äußerst ungunstig, wenn es nicht gelingt, durch die seitens der Regierung eingeleiteten, vor allem auf Verminderung weiterer Kohlenpreissteigerungen zielenden Maßnahmen den Preisrückgang in einem organischen Preisabbau abzuwehren. Die Statistik der Arbeiterbeschäftigung läßt eine weitere Steigerung der Arbeitslosigkeit erkennen. Die Arbeitsnachweise mußten ebenfalls eine weitere Zunahme der Stellungsuchenden feststellen. Vorläufig aber zeigt die Zahl der aus öffentlichen Mitteln unterstützten Erwerbslosen noch immer einen Rückgang.

Das neue Loch im Westen. Auf dem westdeutschen Textilmarkt macht sich, wie die „Textilwoche“ mitteilt, eine lebhaftere Beunruhigung bemerkbar, wegen der voraussichtlichen Folgen der kürzlich zwischen der deutschen und französischen Regierung in Baden-Baden getroffenen Neuregelung der Einfuhr eisenschmelzender Waren. Denn einerseits sind die auf Grund der Artikel 268 des Friedensvertrags von der französischen Regierung festgesetzten Einfuhrkontingente, gegen deren Höhe die deutsche Regierung kein Einspruchsrecht hat, unverhältnismäßig hoch festgesetzt; andererseits dürfte es den deutschen Behörden nicht möglich sein, nachzuprüfen, ob die eingeführten Waren tatsächlich eisenschmelzenden Ursprungs sind. Die Gefahr liegt nahe, daß auf diese Weise französische oder sonstige ausländische Waren, die in Utsch-Verträgen lediglich veredelt oder verpackt sind, eingeführt werden.

Die Zigarettenpreise. Der Verband des bayer. Tabakgewerbes in München gibt bekannt: Ueber die Entwicklung der Zigaretten- und Tabakpreise wurde jüngst eine irreführende Nachricht verbreitet. Einige badische Zigarettenfabriken haben nämlich für den Augenblick die Preise etwas ermäßigt. Trotzdem ist mit einer dauernden Preislenkung kaum zu rechnen, da die Tabake in großen Mengen aus dem Ausland eingeführt werden müssen und angesichts der Baluta und der erhöhten Löhne eine dauernde Verbilligung unmöglich sein dürfte. Das Tabakgewerbe hat ein Interesse an niedrigen Preisen, weil der Konsum dann steigt, ist aber zu ihrer Durchführung heute nicht im Stande.

Württemberg.

Stuttgart, 3. Juli. (Die Milkonferenz der Oberamtsvorstände.) Am 2. Juli waren die Oberamtsvorstände des Landes bei der Landesverorgungsstelle versammelt, um zur Milchpreisfrage Stellung zu nehmen. Es ergab sich, daß in einer großen Anzahl von Oberamtsbezirken durch Verhandlung der Milchpreis herabgesetzt war. Dies erfolgte aber teilweise unter dem Druck der allgemeinen Erregung und auch in der Erkenntnis der tatsächlichen Notlage weiter Verbraucherkreise. Die Mehrzahl der Anwesenden war der Meinung, daß solche Vereinbarungen behördlicherseits festgelegt werden müssen, wenn sie von Bestand sein sollen. Im Interesse der öffentlichen Ruhe wurde eine amtliche Herabsetzung des Milchpreises von der Mehrheit befürwortet. Mit den Verbrauchern hat die Landesverfor-

Wessen Bild trägt du im Herzen?

Roman von Erich Ebenstein.

(Nachdruck verboten.)

Wer hatte sich der Zustand des Kindes bisher nicht gewisser, obwohl der Selbst, Medizinalrat von Wendheim, täglich nach Hallerstein kam und immer neue Kräftigungsmittel verschrieb.

Seitern abend hatte der Kleine sogar zu siebern begonnen und es bezuhte der ganzen vereinten Autorität des Erbprinzen und der Oberhofmeisterin, um die Erbprinzessin dahin zu bringen, daß sie Hallerstein verließ, um den Hochzeitsfeierlichkeiten beizuwohnen.

Wie auf Nadeln war sie dann die ganze Zeit über gewesen. Nun wandte sie sich an die diensthabende Hofdame, Fräulein v. Seilern.

„Bitte, liebe Serena, lassen Sie den Chauffeur verbürgen. Wir wollen sogleich nach Hallerstein zurückfahren. Ich habe keine Ruhe, ehe ich weiß, wie es Achim geht!“

Da trat ihre Gatte an sie heran.

„Liebe Hefolda, ich habe unser Erscheinen für heute abend beim Gartenfest des Oberhofmeisters zugesagt. Baron und Baronin Feuerlein legen besonders Gewicht darauf, da auch die auswärtigen Diplomaten mit ihren Gemahlinnen erscheinen. Frau von Reilhab meint, es wäre am besten, du richtest dich hier in Nottegg nun ein paar Stunden aus und weidest dich dann gleich hier um. Deine Kammerfrau mag inzwischen alles Nötige aus Hallerstein holen.“

Die Erbprinzessin sah ihren Gemahl erschrocken an.

„Du hast wirklich zugesagt? Auch für mich?“

„Janosch. Und im Vertrauen gesagt, ich lege großes

Gewicht darauf, daß wir beide dort sind. Es ist gerade jetzt sehr wichtig, in enger und fester Fühlung mit der auswärtigen Diplomatie zu bleiben, ohne daß doch diese Absicht irgendwie auffällt. Dazu gibt es keine passendere Gelegenheit als diese.“

„Aber es ist unmöglich — wenigstens für meine Person! Ich muß unbedingt sofort nach Hallerstein zurück. Hast du vergessen, Friedrich, daß Achim krank ist?“

„Nah — ein wenig Fieber! Das kommt bei Kindern oft vor! Auch war Wendheim ja doch am Morgen draußen und stellte fest, daß das Fieber nahezu geschwunden ist?“

„Es kann inzwischen wieder gestiegen sein. Ich bitte dich Friedrich, erlasse mir diesen Besuch! Ich hätte keine ruhige Minute...“

„Du bist überängstlich wie immer! Uebrigens kann ich dich heute nicht dispensieren. Es würde zu sehr auffallen, nachdem ich bereits zugesagt.“

„Du kannst doch die Wahrheit sagen...“

„Damit morgen in allen Zeitungen Alarmnachrichten über das bedrohte Leben Achims verbreitet werden — denn nur so würde man deine Absage auslegen. Ich danke dafür! Es ist traurig genug, daß man sich beständig mit den Schwankungen seiner Gesundheit in der Deffektivität beschäftigt und bereits insgeheim die Nachfolge des Hauses Notthausen-Sollenstein gescheitelt sieht. Solchen Gedanken darf nicht immer wieder neue Nahrung gegeben werden! Du aber solltest auch bedenken, daß du seit dem Tode meiner Mutter als erste Dame des Hofes und künftige Landesmutter Verpflichtungen hast, denen du dich nicht nach Belieben entziehen kannst!“

Die Erbprinzessin war sehr blaß geworden. Trotdem richtete sie sich entschlossen auf.

„Meine erste und heiligste Pflicht ist die als Mutter.“

sagte sie ruhig. „Daran wird mich nichts und niemand irre machen!“

Der Erbprinz wandte sich ärgerlich an die Oberhofmeisterin, die in Erkenntnis der Sachlage ängstlich nähergekommen war, getreu ihrem Prinzip beim Aufsteigen eines eheförmigen Gewitters als Vermittlerin den Sturm zu beschwören.

„Machen Sie meiner Frau begreiflich, Frau von Reilhab, daß sie bei Feuerleins absolut nicht fehlen darf, bloß weil Achim eine seiner gewöhnlichen Indispositionen hat!“

Die Oberhofmeisterin war eine äußerst kluge, geschmeidige Dame, die sich bisher mit großem Takt zwischen den streitenden Parteien behauptet hatte, ohne die Günst der einen oder anderen einzubüßen. Es gelang ihr auch jetzt, eine vorläufige Einigung herbeizuführen. Die Erbprinzessin sollte ihren Willen haben — „denn Mutter ist Mutter“ — und mit Fräulein v. Seilern nach Hallerstein fahren, um sich selbst von der Grundlosigkeit ihrer Sorge um Achims Befinden zu überzeugen. Dann aber sollte sie um 7 Uhr wieder in Nottegg eintreffen, wo Se. Hoheit sie erwarten würde, um mit ihr zum Gartenfest zu fahren. „Denn nicht wahr, Ihre Hoheit würden doch nicht absichtlich einen berechtigten Wunsch von höherer Gemahls ignorieren wollen? Noch dazu, da hier, wie es scheint, Staatsinteressen in Frage kämen?“

Der Erbprinzessin blieb nichts weiter übrig, als sich schweigend zu ergeben, wollte sie die peinliche Szene nicht verlängern. Sie verabschiedete sich also hastig von ihrem Gatten und entfernte sich mit Fräulein v. Seilern.

Erbprinz Friedrich reichte der Oberhofmeisterin gnädig die Hand.

„Sie sind eine gute Diplomatin, Frau v. Reilhab, ich danke Ihnen! Vielleicht gelingt es Ihnen mit der Zeit auch noch, meiner Frau diese übertriebene mütterliche Angst-



gungsstelle bereits am heutigen Samstag verhandelt. Di-
Ezeuger wurden am letzten Montag gehört. Nun muß
zur noch der Ernährungsbeitrag des Ministeriums sein
Urteil abgeben, dann wird eine neue Verfügung über
den Milchpreis erlassen.

Stuttgart, 4. Juli. (Für die deutschen Straf-
gefangenen in Frankreich.) Die Vereinigung
ehemaliger württembergischer Kriegsgefangener richtete an
den Reichskanzler ein Schreiben, in dem sie bat, bei der
Konferenz in Spa für die Zurückhaltung der deutschen
Strafgefangenen in Frankreich eine allgemeine Amnestie
und ihre Freilassung zu erreichen.

Stuttgart, 4. Juli. (Verkehr mit Kraftfahr-
zeugen.) Der Verkehr mit Kraftfahrzeugen ist auch
wieder am Sonntag und zur Nachtzeit gestattet, da die
Versorgung mit Benzin und Benzol für die nächsten
drei Monate gesichert ist.

Stuttgart, 4. Juli. (Tarifregelung im Bau-
gewerbe.) Zwischen dem Arbeitgeberverband für das
Baugewerbe, dem Deutschen Bauarbeiterverband und
dem Verband der Zimmerer kam ein Tarifvertrag zu-
stande, der ab 1. Juli Gültigkeit hat. Facharbeiter er-
halten in der Stunde in Lohnklasse I 5,40 Mk., in II
5 Mk., in III 4,70, in IV 4,40 Mk. und in V 4,10
Mk. Hilfsarbeiter erhalten 20 Pfennig weniger.

Weißwein, O. A. Marbach, 4. Juli. (Gefärbte
Trauben.) An der Kammer des Jakob Kircher sind
schon seit einigen Tagen gefärbte Limburger Trauben
zu sehen.

Göppingen, 4. Juli. (Selbstmord. — Dieb-
stahl.) In einem Anfall von Schwermut hat sich eine
18 Jahre alte Arbeiterin auf das Bahngleis gelegt.
Sie wurde heute früh tot aufgefunden. — Aus dem
Verkaufsfokal des Stabinventars wurde Herrenklei-
derstoff im Wert von 900 Mk. gestohlen.

Nedarternlingen, O. A. Nürtingen, 4. Juli. (Bän-
der Blitz.) Bei dem Gewitter am Freitag schlug
der Blitz in die Doppelscheune des Schäfers Kurz, die
weshalb ein Raub der Flammen wurde.

Häckerlich, O. A. Waldsee, 4. Juli. (Vermißt.)
In der Nacht zum Dienstag entfernte sich aus seiner
Heimat der Landwirt und Metzgermeister Franz Kaver
Kunz und konnte seither nirgends gefunden werden. In
letzter Zeit fiel sein verschlossenes, zur Schwermut hin-
neigendes Wesen auf. Er ist 58 Jahre alt.

Baden.

Karlsruhe, 4. Juli. Der Haushaltsanschluß des Land-
tags hat dem Gesetzentwurf über die Grunderwerbs-
steuer gebilligt. Die neue Grunderwerbssteuer ermöglicht
den Gemeinden, sich neue finanzielle Mittel zu ver-
schaffen durch Zuschläge zu den Grunderwerbssteuern,
die nach dem Gesetz vom September 1919 der Landes-
kasse zufallen.

Karlsruhe, 4. Juli. Im Ministerium des Innern
sind am Freitag eine weitere Konferenz über die Auf-
hebung der Zwangswirtschaft statt.

Freiburg, 4. Juli. Zu dem Mord in einem Höf-
saal der Universität wird berichtet, daß der Täter der
14jährige Student der Philosophie Janke aus Altona
ist. Die von ihm vermutlich aus Eifersucht er-
schossene Studentin stammt aus Barmen. Janke, der im
Krieg verwundet wurde, litt an hochgradiger Neuro-
sität.

Waldshut, 4. Juli. Gemeingefährliche Schwindler
kreuzen gegenwärtig in der Gegend von Waldshut und
Säckingen ihr Unwesen. Sie hausieren mit Nähmaschinen
und bieten Rollen mit angeblich 1000 Metern zum Preise
von 18 Mk. an. In Wirklichkeit sind aber nur 20
Meter auf der Rolle.

Vermischtes.

Ein neuer deutscher Rekord im Weit sprung stellte, wie
uns aus Koblenz berichtet wird, bei den dortigen Weit-
sprüngen der Kreuznacher Hornberger mit 7,19 Meter auf
womit er den Rekord des Charlottenburgers Dünker um 15
Zentimeter überbot. Die beste Leistung eines Deutschen betrug
daher 7,15 Meter, erreicht von Söllinger (München) 1919
in Wien.

Nichts ist mehr heiliger. In die berühmte Benediktiner-Abtei
Monte Cassino, die einzige Stätte des hl. Benedikt, drang eine
klebenförmige Menge ein, erbrach das Kirchenportal und miß-
handelte die Mönche und andere Geistliche.

Ein Popstempel in Konstantinopel. Nach der „Revante-Sta.“
wird als Dankeszeichen des Orients für die von Papst Be-
nelikt XV. während des Kriegs erwiesene Fürsorge ein Denk-
mal des Papstes in Konstantinopel errichtet. An den Beiträgen
beteiligen sich der Sultan mit den Prinzen, der Khedive von
Ägypten, sämtliche Banken in Konstantinopel usw. Das Denk-
mal ist 7 Meter hoch, der aus Granit gebauene Sockel trägt
das Marmorbildnis des Papstes.

Polales.

Dank an die Quäker. Im Haushaltsanschluß
des Reichstags wurde ein Antrag Heimanu (S.) an-
genommen, für die Liebestätigkeit der Quäker durch eine
öffentliche Kundgebung im Reichstag zu danken. Die
Quäker hätten viel Segen erteilt. In der Zeit des

Abfalls abgewöhnt. Meiner Meinung nach werden viel
zu viel Geschichten mit Achim gemacht. Der Junge müßte
etwas mit Gewalt abgeholt werden. Ich dachte schon
daran, ihm einen männlichen Erzieher zu geben, damit der
verweichlichte weibliche Einfluß mehr in den Hintergrund
gedrängt und nach militärischem Prinzip vorgegangen wird.
Was meinen Sie dazu?"

Obwohl Frau v. Kellstab selbst nie Kinder besessen hatte,
sagte ihr doch der weibliche Instinkt, daß dieser Plan in An-
sicht der Konstitution des Kindes sehr gewagt wäre. Wahr-
scheinlich würde ihm auch der Herzog nicht zustimmen. Ganz
höher aber war, daß sich die Erbprinzessin leidenschaftlich
dagegen wehren und er der Keim weiterer Entfremdung
zwischen dem hohen Paar werden würde.

(Fortsetzung folgt.)

Börsennotizen habe diese Liebestätigkeit auch große ideale
und ethische Werte.

Vertarungabe bei Auslandspostsendungen. Um
den Absendern von Wertsendungen im Auslandsverkehr
die Möglichkeit zu geben, den Inhalt der Sendungen
wesentlich höher als jetzt, und zwar bis zur Höchstgrenze
der im Bestimmungslande zugelassenen Wertangabe zu
versichern, soll von jetzt an bei Briefen, Paketen und
Kästchen mit Wertangabe nach dem Ausland der Wert-
betrag vom Absender nicht mehr in der Mark-, son-
dern in der Frankwährung angegeben werden. Bei Wert-
sendungen nach dem Kreisstaat Danzig, dem Memelgebiet,
der 1. Zone des Abstimmungsgebiets Schleswig, Oester-
reich und Ungarn, sowie bei Wertpaketen nach Luxemburg
und der Tschecho-Slowakei bleibt vorläufig der
Wert noch in der Markwährung anzugeben. Bei Scha-
denersatzleistungen im Auslandsverkehr rechnen die Post-
anstalten vom 1. Juli an die Frank nach dem für die
Gebührenerhebung geltenden deutschen Gegenwert in die
Reichsmark um.

Freigabe der Eiereinfuhr. Durch eine Ver-
ordnung des Reichsministers für Ernährung und Land-
wirtschaft vom 24. Juni wird die Einfuhr von Eiern
und Eiprodukten freigegeben. Die zentralisierte Einfuhr
durch die Eiereinfuhrgesellschaft wurde aufgehoben und
die Waren (frische, getrocknete, kristallisierte Eier und
Eiprodukte) auf die sog. Freiliste gesetzt. Ein- und Aus-
fuhrbewilligung ist o. a. nicht mehr erforderlich.

**Freigabe der Einfuhr verschiedener Fische
und Käse.** Aus Berlin wird gemeldet: Mit Wirkung
vom 8. Juli wird freigegeben die Fischeinfuhr
von Karpfen, Eseln, Bleien und anderen Fischen. Der
Nummer 115 und 116 des statistischen Warenverzeichnis-
ses, mit Ausnahme von Lachs, Forellen, Deringe, Schell-
fische, Stöckfische usw., ferner mit sofortiger Wirkung
die Einfuhr von Hartkäse, Margarinekäse und
von Quark und Quarkkäse.

**Liegt beim Lohnabzug Doppelbesteuerung
vor?** Es ist irrig, anzunehmen, daß durch den 10pro-
zentigen Lohnabzug an der Steuerquelle eine Doppel-
besteuerung des Einkommens vorgenommen wird. Die
laufenden Steuern für das nur drei Quartale (April bis
Dezember 1920) umfassende Steuerjahr 1920 sind na-
türlich zu bezahlen. Sie werden aber nur dann sofort
fällig, falls dem Steuerpflichtigen von dem zuständigen
Finanzamt ein Steuerfestsetzungsschreiben zugeht. Ob dem
Steuerpflichtigen ein solches Schreiben überhaupt zuge-
stellen ist, entscheidet das Finanzamt. Wenn ein Lohn-
oder Gehaltsempfänger ein Steuerfestsetzungsschreiben er-
hält, kann er die auf Grund des Lohnabzugs gekleb-
ten Marken an Zahlungsschuld geben. In der Praxis
wird die Entrichtung der laufenden Steuern für das
Steuerjahr 1920 kaum vor Beginn des Jahres 1921
stattfinden, da bei der unendlich großen Zahl der ein-
zelnen Steuerfälle die Steuerfestsetzungsschreiben kaum
vor diesem Zeitpunkt zur Versendung gelangen dürften.

**Erhöhung der Beiträge zur Invalidenver-
sicherung.** Vom 1. August ds. Js. ab werden höhere
Beiträge für die Invalidenversicherung erhoben und
zwar in der 1. Lohnklasse 90 Pfg. (bisher 18 Pfg.), in
der 2. 1 Mk. (36 Pfg.), in der 3. 1,10 Mk. (34
Pfg.), in der 4. 1,20 Mk. (42 Pfg.), in der 5. 1,40
Mk. (50 Pfg.). Nach dem 1. August dürfen ältere Ver-
sicherungsmarken nicht mehr verwendet werden, ungül-
tige Marken werden innerhalb zweier Jahre umgetauscht.
Die Abänderung dieser Beiträge wurde bekanntlich von der
Nationalversammlung am 20. Mai beschlossen. Diese
Beitragssteigerung bedeutet für jeden Arbeitgeber eine
weitere, sehr fühlbare Vermehrung der Ausgaben für so-
ziale Zwecke.

Sparprämienanleiheziehung. In der Gewinn-
und Verlosungsziehung der deutschen Sparprämienanleihe
1919 wurden u. a. folgende größere Gewinne in den
Reihen A. B. C. D. gezogen: Gewinn 1 000 000 Gruppe
2446 Nr. 141, Gew. 500 000 Gr. 451 Nr. 148, Gew.
300 000 Gr. 1110 Nr. 26, Gew. 200 000 Gr. 305
Nr. 51, Gew. 150 000 Gr. 1136 Nr. 247, Gew. 150 000
Gr. 2051 Nr. 259, Gew. 100 000 Gr. 1055 Nr. 398,
Gew. 100 000 Gr. 1338 Nr. 390, Gew. 100 000 Gr.
1769 Nr. 369, Gew. 100 000 Gr. 1120 Nr. 250. — Til-
gungsziehung in sämtlichen Reihen und Gruppen
Nr. 86 und 246 mit Bonus; Nr. 72 und 247 ohne
Bonus. (Ohne Gewähr.)

**Mehr als die Hälfte aller deutschen Kohle
birgt der Schoß Oberschlesiens.** Was sollte aus un-
serer Brennstoffversorgung werden, wenn unser Besitz
an diesem kostbaren Material um einen so ungeheuren
Betrag vermindert würde, wenn Oberschlesien bei der Ab-
stimmung an Polen fiel? Das Glend, das für uns
die Folge wäre, läßt sich nicht ausmalen. Wir allen
Kräften müssen wir es verhindern, müssen wir versuchen,
die Abstimmung zu unseren Gunsten zu wenden. Wir
können das, wenn wir jedem Stimmberechtigten die Reise
an seinen Abstimmungsort ermöglichen, wenn wir die
„Grenz-Evende“ instand setzen, die Kosten hierfür zu
tragen. Dann muß aber auch wirklich jeder das seine
tun und nach besten Kräften dazu steuern. Daher erfülle
jeder seine Pflicht und gebe seinen Beitrag an die Ge-
schäftsstelle unserer Zeitung, die darüber öffentlich quit-
tiert.

Freisahrtischeine ins Abstimmungsgebiet. Der
deutsche Schutzbund teilt mit: Die Freisahrtischeine des
deutschen Schutzbunds berechtigen zur Fahrt durch den
polnischen Korridor nur in Sonderzügen und durchlau-
fenden Zügen (Lauenburg-Danzig, gegebenenfalls Kon-
nig-Ezerst-Marienwerder). Der deutsche Schutzbund
ist im ganzen Reich durch Zweigstellen, Arbeitsgemein-
schaften, sowie durch die Vereine heimattreuer Ost- und
Westpreußen vertreten. Die Schutzbund-Fahrtischeine ge-
langen durch diese Stellen zur Ausgabe. Wer noch nicht
im Besitz eines Fahrtischeines ist, tut gut, bei einer der
genannten Stellen anzufragen, sofern er nicht etwa be-
reits verständigt ist, daß er wegen der immerhin beschrän-

ten Transportmöglichkeiten nicht befördert werden kann.
Bei Benützung der Abstimmungsbesonderzüge genügt auch
für die Fahrt durch den polnischen Korridor der Ab-
stimmungsausweis und ein amtlich (von der Ortspolizei
oder anderen Behörden) beglaubigter Personalausweis
mit Lichtbild. Für die Benützung von Zügen des öf-
fentlichen Verkehrs, die durch den Korridor fahren, muß
ein Paß mit polnischem Visum besorgt werden. Sollte
der Zugverkehr Konig-Ezerst-Marienwerder so recht-
zeitig eingerichtet werden, daß er für die Abstimmung in
Frage kommt, so kann diese Strecke ohne Paß benützt
werden. Für die Fahrt über See sind weder Paß noch
Personalausweis erforderlich, sondern lediglich der Ab-
stimmungsausweis. Die Rückreise muß dann aber auch
auf dem Seeweg erfolgen. — Die Abstimmungsausweise
werden von deutsch-polnischen Abstimmungskommissionen
im Abstimmungsgebiet selbst ausgestellt und ver-
st. Der Versand erfolgt teils unmittelbar, teils durch Vermitt-
lung der Ortsverbände an die Stimmberechtigten; das
Eintreffen der Ausweise ist aber zum Teil nicht vor
Anfang Juli zu erwarten.

Schiffskurse auf dem Bodensee. Die General-
direktion der Staatsbahnen teilt mit: Am 8. Juli
1920 tritt ein neuer Fahrplan der Schweizerischen Bundes-
bahnen in Kraft. Von diesem Tage an erhalten
der Zug D 23/Schiffskurs 169 (werkt.) Friedrichshafen
Hafen an 1 Uhr nachm., Romanshorn an 2.30 nachm.
Anschluß nach Zürich (an 5.38) und St. Gallen (an
4.50) und der Schiffskurs 172 (werkt.)/Zug D 60 Ro-
manshorn ab 3.45 nachm., Friedrichshafen Hafen ab
5.05 nachm. in Romanshorn Anschluß von Zürich (ab
1.30).

Nicht zu kalt trinken. Die Gluten der heißen
Sommertage lassen uns jetzt häufig den Wunsch nach
einem kühlen Trank aufkommen; und wenn wir, wie
dies leider bei den meisten Menschen der Fall ist, die
genügende Portion Leichtsinns und Unvorsichtigkeit be-
sitzen, so zögern wir nicht, sobald sich uns ein Glas mit
kaltem Getränk bietet, es womöglich in einem Zug zu
leeren. Wie viel ist schon von ärztlicher Seite gegen
diese Unsitte geeifert worden, und wie zahlreich bleiben
trotzdem in jedem Sommer die Fälle, in denen sich er-
krankte Menschen durch einen kalten Trank ein schweres
Leiden, eine tödliche Krankheit oder gar einen Schlag-
anfall zuziehen. Magenkrankungen sind an der Tages-
ordnung. Meistens besteht die Ursache in jenem tödlich-
ten Verhalten beim Trinken des Durstes. Ein kalter
Trank hat schon häufig den Grund zu einem schweren
Lungenleiden gelegt. Man sorge dafür, daß der er-
krankte Körper, bevor man einen Trank zu sich nimmt,
sich abkühlt. Namentlich trinke man nie unmittelbar
nach dem Gehen. Etwas Brot zu kühlen Getränken
genossen, verringert die Gefahr, sich den Magen zu er-
kranken.

Letzte Nachrichten.

Von der Einigkeit der Verbündeten.

Brüssel, 4. Juli. In amtlichen belgischen Kreisen
wurde gestern vormittag eine fühlbare Spannung fest-
gestellt. Man scheint auf das System der Anleihe zu
verzichten und statt dessen eine prozentuale Verteilung
beschließen zu haben. Belgien würde 8 Prozent erhalten.
— Millerand hatte vormittags im Palasthotel eine Unter-
redung mit General Bengard. Später besprach er sich
mit Lloyd George und Storza.

Vom internationalen Gewerkschaftsbund.

Amsterdam, 3. Juli. Wie der Sekretär des inter-
nationalen Gewerkschaftsbundes mitteilt, wird in der Sit-
zung des internationalen Bundes, das anlässlich des
Kongresses des belgischen Gewerkschaftsbundes vom 2.
bis 7. Juli in Brüssel zusammentritt, die weitere Hal-
tung des internationalen Gewerkschaftsbundes in der
Frage des Boykotts gegen Ungarn näher festgestellt
werden. Inzwischen wird der Boykott ungeschwächt fort-
geführt und die beteiligten Nationen werden aufgefordert,
Maßregeln für eine eventuelle Beschärfung des Boy-
kotts zu treffen.

Kleine Nachrichten.

Berlin, 3. Juli. In Berlin kam es heute, laut
Abendblätter, auf dem Ostmarkt auf dem Winterfeldt-
Platz zu Ausschreitungen der Käufer. Marktstände wur-
den umgeworfen und das Obst am Boden getreten.

Wie die Berliner Blätter aus München melden,
wurde dort der unabhängige Sozialist Linning, der
im Gewerkschaftshaus den Plan eines neuen Gen-
eralstreiks vorgetragen hat, verhaftet.

Frankfurt a. M., 4. Juli. Das Offenbacher Amts-
blatt meldet, daß in Wiesbaden der hessische Land-
tagsabgeordnete Schildbach verhaftet worden sei. Er
war schon einmal, am 2. Juni 1919, wegen Beteiligung
an dem Abwehrstreik gegen die Postrennungsbefrei-
ungen Dortens in Mainz verhaftet und in das unbesetzt
Gebiet abgehoben worden.

Brüssel, 4. Juli. Gestern vormittag 10 Uhr trat
der Ministerrat zur Prüfung der Lage zusammen.

Paris, 4. Juli. (Gavas.) Anlässlich des amerika-
nischen Unabhängigkeitstags richtete Marschall Foch an
die Mitglieder der amerikanischen Legion eine in herz-
lichem Tone gehaltene Botschaft, die an die Waffen-
brüderschaft von beiden Ländern erinnert.

Paris, 4. Juli. In der „Victoire“ sagte Gustav
Herbe, ein Teil des französischen Publikums habe es
nötig, daß man ihm im Augenblick der Eröffnung
der Konferenz von Spa in Erinnerung bringe, daß, wenn
man eine Ruh stellen wolle, man ihr nicht das Enter-
schneiden dürfe. Deutschland sei numerisch erbedigt
Es habe einige seiner größten Reichumsquellen ver-
loren. So präsidieren sich Deutschland in Spa.

Paris, 4. Juli. Am Montag wird der Vertrag
zwischen Dänemark und den alliierten Mächten über die
Grenze Schlesiens unterzeichnet werden.

London, 4. Juli. „Daily Mail“ erfährt aus Brüssel

fel: Nach den letzten Nachrichten aus Polen ist die Stadt Lemberg in die Hände der Roten Armee gefallen.

Berlin, 3. Juli.

Zur Interpellation Lebehour über die Vorgänge in Zahl bei Kuba und das Warburger Urteil erklärt Reichswehrminister Gehrler er sei offenbar missverstanden worden. Er habe in seiner Erklärung nur sagen wollen, daß die Regierung eine Beantwortung der Interpellation in diesem Augenblick ablehne, weil sie nicht durch eigene Äußerungen in ein schwebendes Verfahren eingreifen wolle.

Abg. Hamm (D.D.P.) begründet einen Antrag auf Einsetzung eines Ausschusses zur Prüfung des Geschäftsgebahrens, der Ergebnisse und der Frage der Liquidierung der Kriegsgesellschaften.

Abg. Mann (S.) erklärt, es müsse mit dem Abbau der Kriegsgesellschaften sofort begonnen werden. Die freiwerdenden Wohnungen würden dringend gebraucht.

Abg. Jand (Bayr. Vp.) verlangt gewissenhafte Nachprüfung des Geschäftsgebahrens der Kriegsgesellschaften.

Abg. Bredin (D.Nat. Vp.) wundert sich, daß die Regierung die Kriegsgesellschaften so lange für unentbehrlich gehalten habe.

Reichswehrminister Gehrler erklärt, der Anregung nach Möglichkeit entsprechen zu wollen. Uebrigens sei die Zahl der Angestellten der Kriegsgesellschaften seit Januar d. J. von 16 000 auf 7000 zurückgegangen.

Der Antrag Hamm wird einstimmig angenommen.

Es folgt die Beschlußfassung über die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses auf Grund der Artikel 34 der Verfassung.

Der Antrag wird mit allen gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei angenommen.

Der Reichsnoteetat wird ohne Debatte in zweiter Lesung angenommen.

Präsident Eöde dankt dabei dem Ausland für die Liebesdienste an unseren Kindern im Namen des Reichstags und des deutschen Volkes.

Bei der nun folgenden dritten Lesung erklärt Abg. Erlspien (U.S.V.): Die Annahme des Notetats komme einem Vertrauensvotum gleich, deshalb lehne seine Partei ihn ab, obgleich einzelne Posten auch keinen Beifall hätten.

Der Notetat wird sodann in dritter Lesung gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen.

Es folgt die Beratung des von Abg. Müller-Franken eingebrachten Gesetzentwurfes betreffend Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit.

Der Gesetzentwurf wird einem Ausschuss von 21 Mitgliedern überwiesen.

Das Haus vertagt sich sodann auf Montag nachm. 2 Uhr.

Aus den Beratungen des Steueraususses des Reichstags kann als allgemeine Auffassung festgestellt werden, daß mit Ausnahme der U.S.V. von keiner Fraktion die Aufhebung des § 45 des Einkommensteuergesetzes (Erhebung der Steuer an der Quelle) vertreten wird, dagegen dessen schablonenhafte Anwendung gemildert werden soll. Es soll versucht werden, durch Erhebung eines Pauschalbetrags in einer der Steuerleistungen nachkommenden Höhe eine Erleichterung des Abzugs herbeizuführen. Demgemäß könnte der feste Satz von 10 Proz. nicht unter allen Umständen aufrecht erhalten werden. Zu einer Beschlußfassung ist es überhies noch nicht gekommen. Die Angelegenheit wurde einem Untersuchungsausschuss überwiesen.

Aus der Heimat.

Wildbad, den 5. Juli 1920.

Streif. Die Zivilangestellten der Bers.-Kuranstalt Wildbad sind mit den Angestellten sämtlicher Lazarette, sowie der Bersorg.-Kemter Württembergs seit Samstag mittag 12 Uhr wegen erhöhter Gehaltsforderungen, sowie Einreihung in höhere Klassen des Reichs-Manteltarifs in den Ausstand getreten. Die Verpflegung für die Patienten geht wie bisher vor sich, auch haben sich die Angestellten bereit erklärt, bei etwa durchzuführenden Operationen ihre Tätigkeit aufzunehmen.

Landes-Kur-Theater. Heute abend kommt Blumenthal's „Niobe“, am Dienstag „Flachsmann als Erzieher“ und am Mittwoch die heitere Operette „Ramselle Ritouche“ zur Aufführung. Als Neuheit folgt am Donnerstag „Geisha“ und am Freitag „Fledermaus“; Samstag nachmittag 3 Uhr zu kleinen Preisen das Märchen „Dornröschen“. Wir möchten jetzt schon darauf hinweisen, daß die Direktion wohl nur dieses eine Mal eine Kindervorstellung ansetzen kann und ist es deshalb wichtig, sich beizeiten mit Karten zu versehen.

Das „Linden-Kabarett“ weist auch diesmal wieder ein ganz vorzügliches Programm auf. Einen integrierenden Teil an dem großen Erfolg hat das beliebte „Merens Duo“, das drei Nummern des Abends bestreitet. In ihren Biedermeier- und Salonduetten leisten die Künstler in Gesang und Tanz Vorzügliches. Besonders hervorzuheben ist ihr recht oberbayerischer, mit Schneid und viel Humor getanzter Schuhplattler. Vom Publikum mit stürmischem Beifall und Lachsalven überschüttet zwang die Künstler zur Wiederholung ihres Tanzes. Ilse Marion ist eine Stimmungsfondrette von eigener Art. In ihren Vorträgen „Männer hast du etwas Geld bei dir“ und „Wenn die letzte Trambahn fährt“ bringt sie die Besucher von Anfang an in Stimmung und der reich gespendete Applaus ruft sie immer wieder vor die Rampe. Vollstes Lob verdient Edi Deutschl der bekannte Lieder- und Stimmungsfänger mit seinen Rheinliedern. Neue, mit prachtvollen Kostümen ausgestattete, rymtisch und elegant ausgeführte Tänze bringt Hirslanda Porten. Ausgezeichnet ist das „Sylvia-Ballet“ welches sie mit ihrer Partnerin Dita Marsven mit viel Geschmack und Grazie tanzt. Der kleine Tanzstern Dita erfreut allabend das Publikum mit ihrem „Mennett“ durch Anmut und Liebreiz. Max Boorgarts als Conference unterhält die Besucher mit heiteren Vorträgen. Die Stimmungskapelle Seidel-Grossmann in Begleitung und geschmackvollen Einlagen vervollständigt den Erfolg des Abends. Man ist der Direktion Dank schuldig für diesen genussreichen Abend, bei dem jeder Besucher auf seine Rechnung kommt.

Verchiedenes.

Waffenfabrik in der bayrischen Pulverfabrik. Nach einer Meldung des „Berliner Tageblatt“ aus München schlug der Blygelternabend in Rosenheim in Oberbayern in die Pulverfabrik Wintschler ein, wobei ein Teil der Anlage gleich in die Luft flog. Später erfolgte eine gewaltige Explosion der Hauptanlage, die diese völlig zerstörte. Gegen 10 Uhr abends hörten die Detonationen noch immer an.

Überlebende in Syrien. „Times“ meldet aus Kairo, daß das Dorf Jeddaba und mehrere andere Dörfer in Syrien etwa 23 Meilen östlich Lems am 15. Juni von Räuberbanden überfallen wurden, die etwa 50 Menschen ermordeten und die Bürger ausplünderten. Viele Einwohner sind auf den Libanon zu und in anderen Richtungen geflohen.

Eingefandt.

Wildbad, den 4. Juli 1920.

Streif der Angestellten des Militär-Kurhauses.

Im Militär-Kurhaus ist seit Samstag ein Streit der Angestellten wegen Lohnforderung ausgebrochen. Wenn wir hier in Kur befindlichen Kriegsverletzten auch an und für sich dem Streit und den Forderungen der Angestellten keinen Widerstand entgegensetzen, so müssen wir doch ganz entschieden gegen die Art und Weise Stellung nehmen, wie er inszeniert wurde, und es muß schon als eine Rücksichtslosigkeit sondergleichen bezeichnet werden, wenn die Angestellten uns Kriegsverletzten, die wir zum Teil noch krank und schon Jahrelang in den Lazaretten herumliegen müssen, in der Weise entgegenkommen, daß sie uns einfach so quasi den Revolver auf die Brust setzen und uns rundweg erklären, wir sollten ihre Forderungen durch ein Telegramm an die Regierung unterstützen, andernfalls bekämen wir nichts mehr zu essen und als wir dieses ablehnten und uns zu dem Beschlusse aufrafften uns selbst zu helfen, einfach die Schlüssel zur Küche und dem Vorratsraum wegnahmen und vor der Küche einen Streikposten aufstellten. Nachdem wir nun durch längere Unterhandlungen und sie auf das ungeschickliche ihrer Handlungsweise aufmerksam gemacht, entfernten sie den Streikposten und gaben den Schlüssel ab, sodas es uns in später Abendstunde noch möglich war, mit Hilfe des Kochs und der weniger am Gehen verhinderten Kameraden, uns ein Abendessen zu bereiten und auch heute Sonntag mußten wir zur Selbsthilfe greifen, um nicht unsere Kur unterbrechen zu müssen, nachdem doch viele von uns schon Monate lang auf eine Kur zur Besserung unserer im Kriege davongetragenen Leiden warteten. Fürwahr eine schöne Kameradschaft und auch ein Dank der Heimat.

Mehrere Kriegsverletzte
Insassen der Militär-Kuranstalt.

Lang- und Brennholz-Verkauf.

Wegen erfolgtem Nachgebot kommt das im „Bad. Hof“ angefallene

Lang- u. Brennholz

zum 2. und letztenmal am Dienstag, den 6. Juli 1920, vorm. 12 Uhr an Ort und Stelle zum Verkauf.

Den 3. Juli 1920.

Stadtpflege Wildbad.

Bauarbeiterverband. Versammlung

Dienstag abend 8 Uhr im „Gasth. zur Silberburg“.

Bollzähliges Erscheinen notwendig.

Schellfisch u. Cabliau

sind frisch eingetroffen bei

A. Blumenthal.

Verloren

ging auf dem Wege König-Karl-Strasse — Enzkolonaden vergangene Woche ein Briefmarken-Tauschheft.

Abzugeben gegen hohe Belohnung in der Buchhandlung Wittler, König-Karlstr. Vor Ankauf wird gewarnt. Marken tragen Geheimgzeichen.

Verloren

ging am Samstag nachm. zwischen 3—5 Uhr ein grösserer Geldbetrag auf dem Weg von der Papierfabrik bis zum Bahnübergang.

Der redliche Finder wird gebeten, denselben gegen Belohnung in der Exped. ds. Blattes abzugeben.

Flottgehendes Kolonialwarengeschäft

eventuel mit Nebenbetrieb mit eigenem Grundstück und großem Garten, wenn möglich im Badeort oder Schwarzwald zu kaufen gesucht. Off. unter S. T. 7205 an die Ma-Haasenstein & Vogler, Stuttgart.

Landes-Kur-Theater

Wildbad

Direktion Steng & Krauß.

Montag, 5. Juli

NI O B E

Schwank in 3 Akten von O. Blumenthal.

Dienstag, den 6. Juli

Flachsmann als Erzieher.

Komödie in 3 Akten von O. Ernst.

Linden-Kabarett

Wilhelmstrasse 147

Eingang durch den Garten.

Dir.: E. Zengler.

Tägliche 8½ Uhr

1. bis 15. Juli

erstklassiges

Grosstadt-

Programm

Stimmungskapelle

Seidel-Grossmann.

Herren-

Brillantring.

Andenten an gefallenen

Bruder verloren. Gegen gute

Belohnung abzugeben beim

Pförtner in der Militär-

Kuranstalt.

Codes-Anzeige.

Tiefbetrubt teilen wir Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht mit, daß mein lieber Mann, unser lieber, treubeforgter, guter Vater, Bruder, Schwager und Onkel

Ernst Diez

nach langem, schwerem, mit großer Geduld ertragenen Leiden Samstag abend 10 Uhr im Alter von 48 Jahren sanft in dem Herrn entschlafen ist.

Um stille Teilnahme bitten

die trauernden Hinterbliebenen:

Karoline Diez, geb. Schwarz

mit ihren 3 Kindern

Emma, Ernst u. Annale.

Beerdigung: Montag nachmittag 4 Uhr.

Schöne

Zitronen

per Stück 50—60 Pfg.

Ia. span. Malaga

empfiehlt

R. Chierogata.

Bestellungen auf

Most

nimmt entgegen.

Näheres bei

Uhrmacher Sieber.

Ein Paar

Damenstiefel

Größe 39, zu verkaufen.

Zu erfragen Hohenlohe-

straße 241.



Damen- und Mädchen- Bekleidung.

Mäntel, Kostüme, Taillenkleider,
Röcke, Blusen, Morgen-Röcke, Unterröcke.

C. Berner, Pforzheim,
Ecke Metzger-
u. Blumenstr.

